

Zeitschrift: Appenzeller Kalender
Band: 284 (2005)

Artikel: Blick in die Welt
Autor: Bühler, Walter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-377277>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Blick in die Welt

WALTER BÜHRER, TROGEN

Geschichte wiederholt sich selten. Aber sie bietet reiches Anschauungsmaterial über menschliches Sein und Handeln. Sie offenbart auch Irrtümer und Fehleinschätzungen. Viele Beispiele belegen die Überschätzung und Arroganz eigener Macht: wie Regierungen ihre Völker in verhängnisvolle Kriege verstrickten, wie sie in vorhersehbare Fallen tappten und Warnzeichen missachteten. Die amerikanische Historikerin Barbara Tuchman hat solche Beispiele – vom antiken Troja bis zum Krieg in Vietnam – in einem lesenswerten Buch zusammengetragen (*Die Torheit der Regierenden*, 1984). Hätte sich die US-Regierung unter George W. Bush stärker von geschichtlichen Erfahrungen und den verfügbaren Kenntnissen über den Mittleren Osten als von ihrer Fixierung auf den «Terrorismus» leiten lassen, hätte sie die Konsequenzen eines Einmarsches im Irak wohl vorsichtiger ausgelotet und Warnungen ernster genommen.

Noch ist es zu früh, eine abschliessende Bilanz des Irak-Kriegs zu ziehen. Noch steht nicht fest, welchen Preis Amerika und die Weltgemeinschaft für die Befreiung Iraks vom Saddam-Regime zu zahlen haben. Auch die Auswirkungen der Intervention auf den Irak, den Mittleren Osten und die globale

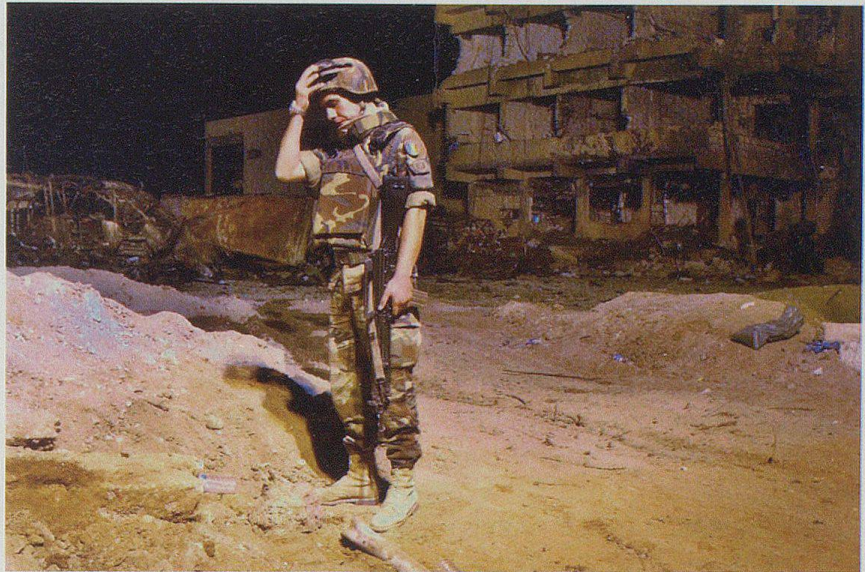


Bild: Keystone

Fast täglich wird der Irak von politisch motivierten Gewaltakten und Terroranschlägen heimgesucht. Beim Anschlag auf das Hauptquartier der italienischen Truppen in Nasiriyah am 12. November 2003 kommen 17 Soldaten ums Leben.

Ordnung lassen sich noch kaum abschätzen. Auf dem Weg zur Stabilisierung des Iraks mussten die USA und Grossbritannien jedoch zahlreiche Rückschläge hinnehmen. Nach dem Einmarsch zeigte sich rasch, dass den Amerikanern und Briten ein Konzept fehlte, um dem besetzten Land zu tragfähigen Strukturen, geschweige denn zu Sicherheit und Demokratie zu verhelfen. Die Irak-Operation litt von Anfang an unter Glaubwürdigkeitsdefiziten: Die im Irak vermuteten Massenvernichtungswaffen blieben unauffindbar. Verbindungen zwischen dem Saddam-Regime und der Terrororganisation El-Kaida konnten

nicht bewiesen werden. Die UNO, die Washington vor der Invasion als «irrelevant» bezeichnet hatte, war plötzlich willkommen, als die US-Regierung zu realisieren begann, dass sie den Krisenherd Irak nicht allein befrieden konnte. Am verheerendsten für die Glaubwürdigkeit des US-Engagements waren jedoch Berichte über Folterungen in irakischen Gefängnissen, welche amerikanische Soldatinnen und Soldaten zu verantworten hatten.

Irakischer Teufelskreis

Die alliierten Truppen waren im Irak anfänglich als Befreier emp-

fangen worden. Doch der Jubel schlug rasch in Enttäuschung und bitteren Hass um. Es gelang den Besatzungsmächten bis Mitte 2004 nicht, ein Minimum an Sicherheit herzustellen. Im Gegenteil: je länger die Besatzung andauerte, umso mehr häuften sich Angriffe, denen auch zahlreiche amerikanische Soldaten zum Opfer fielen. Gezielte Anschläge galten irakischen Politikern und Sicherheitskräften, die mit den Amerikanern zusammenarbeiteten. Die US-Streitkräfte reagierten ihrerseits mit Gegenangriffen, Razzien und Festnahmen, welche für wachsende Erbitterung unter der Bevölkerung sorgten. Ein Teufelskreis, dem die grossenteils jungen und unerfahrenen Soldaten nicht gewachsen waren.

Auch der politische Wiederaufbau stellte die USA vor fast unüberwindliche Probleme: Die durch die Einsetzung eines Regierenden Rates (Juli 2003) erhoffte Stabilisierung blieb aus. Bombenanschläge fielen im August 2003 weit über 100 Menschen zum Opfer; auch der UNO-Sonderbeauftragte Sergio Vieira de Mello und Ayatollah Mohammed Bakr al-Hakim, der einflussreichste Führer der irakischen Schiiten, kamen ums Leben. Die Verantwortung für diese Terrorakte beanspruchten islamistische Organisationen, die – zumindest teilweise – dem Umfeld von al Kaida zuzuordnen waren. Die Serie von Anschlägen dauerte auch nach der Gefangennahme des Ex-Diktators Saddam

Hussein am 13. Dezember 2003 nahe der Stadt Tikrit weiter an.

Schwankender Grund

Vor dem Hintergrund der wachsenden Zahl von Anschlägen vollzogen die USA eine politische Kehrtwende. Seit dem Herbst 2003 drängten sie auf eine möglichst rasche Rückgabe der Souveränität an eine irakische Regierung. Am 15. November 2003 schlossen sie mit dem Regierenden Rat ein Abkommen, wonach Mitte 2004 eine Übergangsregierung die volle Souveränität übernehmen sollte und die «Besetzung» Iraks formell beendet würde. Der Weg dahin war allerdings überaus steinig; lange sah es so aus, als ob das Ziel unerreichbar wäre. Immerhin konnte der Regierende Rat am 8. März 2004 eine Übergangsverfassung unterzeichnen, die fundamentale Menschenrechte gewährleistete und den verschiedenen Volksgruppen Autonomie- und Mitbestimmungsrechte zusicherte. Am 1. Juni 2004 einigte sich der Regierende Rat auf einen Übergangspräsidenten und auf die Bildung einer Regierung, die ab dem 30. Juni die Geschicke des Landes übernehmen sollen. Allerdings wurde nicht der von den USA favorisierte Politiker, ein 81-jähriger Schiit, für das Präsidentenamt auserkoren, sondern der Amerika entschieden kritischer gegenüberstehende 45-jährige Sunnit Ghasi Maschal Adschil el Jawer; als Ministerpräsident war

der Schiit Ijad Allawi vorgesehen. Die neuen irakischen Machthaber demonstrierten damit eine bemerkenswerte Eigenständigkeit, was für die Zukunft des Landes zweifellos positiv zu bewerten ist. Am 8. Juni verabschiedete der UNO-Sicherheitsrat einstimmig eine neue Irak-Resolution, welche die Grundlage für die Nachkriegsordnung des mittelöstlichen Landes bildet: Sie gibt den Irakern die Souveränität über ihr Land zurück, beendet die amerikanische Verwaltung und regelt die weitere Präsenz ausländischer Truppen. Die Resolution trug jedoch kaum dazu bei, die gespannten Beziehungen zwischen den USA und Grossbritannien einerseits sowie Frankreich, Deutschland und Russland andererseits zu entkrampfen.

Im Visier des Terrorismus

Leider deutete wenig darauf hin, dass der Irak-Feldzug die Welt vor terroristischen Bedrohungen sicherer gemacht hätte. Im Gegenteil. Anschläge gegen Ölpipelines und ausgewählte Ziele im Irak trugen eindeutig die Handschrift von El-Kaida. Der Terrororganisation ging es offenkundig darum, das Land weiter zu destabilisieren, um eine neue Basis für ihren weltweiten Kampf gegen die westliche Zivilisation zu gewinnen. Ins Visier dieser Organisation geriet zunehmend auch Saudi-Arabien, das Land mit den grössten Erdölreserven der Welt: Bereits im Mai 2003 hatten Isla-

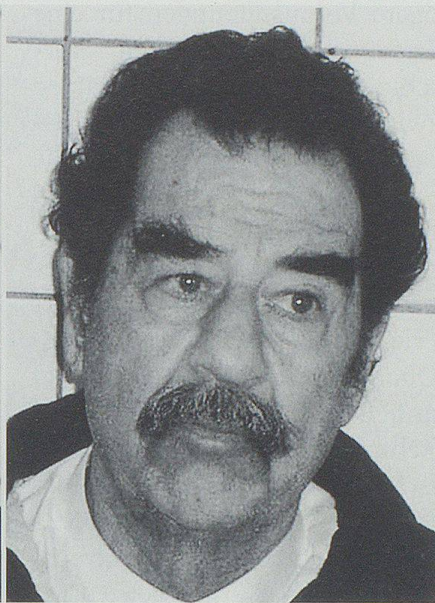
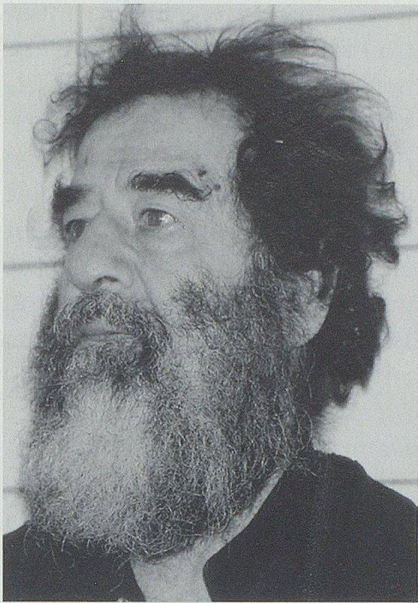


Bild: Keystone

Am 13. Dezember 2003 können amerikanische Truppen den gestürzten irakischen Diktator Saddam Hussein in einem Erdloch bei Tikrit ausfindig machen und in Gewahrsam nehmen.

misten mit Anschlägen gegen Wohnsiedlungen von Ausländern aufhorchen lassen. Am Pfingstsonntag 2004 drangen Extremisten, verkleidet in Uniformen der Nationalgarde, in der Erdölstadt al-Khubar in zwei Büro- und Wohnkomplexe westlicher Erdölunternehmen und nahmen rund 60 Ausländer als Geiseln. Laut dem saudischen Innenministerium fanden beim Angriff und bei der nachfolgenden Befreiungsaktion 22 Menschen den Tod. Der Überfall diente offenkundig zwei Zwecken: einerseits die Verunsicherung unter den Ausländern in Saudi-Arabien zu erhöhen und andererseits den weltweiten Erdölmarkt in Unruhe zu versetzen – die Preise an den Rohölmärkten stiegen vorübergehend auf über 40 Dollar je Barrel.

Auch die Türkei geriet ins Visier des islamistischen Terrors: Bei zwei zeitgleichen Selbstmordattentaten auf zwei Synagogen in Istanbul kamen am 15. November 2003 25 Menschen ums Leben, gegen 300 wurden verletzt. Nur fünf Tage später forderte ein ähnlicher Doppelanschlag auf britische Einrichtungen in Istanbul mindestens 27 Menschenleben und 500 Verletzte. Anschläge und Gewaltakte mit einem terroristischen Hintergrund erlebten erneut auch Russland, Tschetschenien, Afghanistan, Pakistan und Indonesien.

Der schlimmste Anschlag traf die spanische Hauptstadt Madrid. Am 11. März 2004, genau zweieinhalb Jahre nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001, detonierten während des morgendlichen Berufsver-

kehrs fast zeitgleich zehn Bomben in vier Nahverkehrszügen. Über 190 Menschen starben, Hunderte wurden verletzt. Die Regierung Aznar machte in ersten Reaktionen die baskische Separatistenorganisation ETA für die Anschläge verantwortlich. Als die Ermittlungen jedoch rasch auf einen islamistischen Täterkreis hin deuteten, wandte sich die Volksstimmung gegen die konservative Regierungspartei, der wegen des Engagements spanischer Truppen im Irak eine Mitverantwortung für die Anschläge angelastet wurde. Überraschend gewann die Sozialistische Partei (PSOE) mit ihrem Spitzenkandidaten José Luis Rodríguez Zapatero die Wahl, während die konservative Volkspartei (PP), die seit 2000 mit absoluter Mehrheit regierte, deutliche Einbußen hinnehmen musste. Der PSOE errang 42,6 Prozent der Stimmen und 164 Mandate, während die PP noch auf 37,6 Prozent und 148 Sitze kam. Zapatero beeilte sich nach seinem Sieg, einen Abzug des spanischen Truppenkontingents aus Irak anzukündigen. Seine Behauptung, das Massaker von Madrid sei die Frucht der «Irak-Katastrophe», war allerdings fatal kurzfristig: Sie verlieh dem Terror eine Rechtfertigung, machte Täter zu Opfern und animierte damit zu weiteren Anschlägen. Immerhin konnten die Täter und Hintermänner der Bombenattentate von Madrid – fast alles Marokkaner – rasch eruiert und dingfest gemacht werden. Kein anderes

Land, das Truppen im Irak stehen hatte, folgte indessen dem spanischen Beispiel. Italien zum Beispiel liess sich auch von der Entführung von vier zivilen Sicherheitsspezialisten nicht zu einem Rückzug erpressen; einer der Entführten wurde vor laufender Kamera enthauptet.

So schwierig sich die Situation im Irak präsentierte: Geopolitisch hatte die Intervention zumindest eine bemerkenswerte Folge. Libyen, das unter Staatschef Muammar el-Ghadhafi während Jahren als Terrorstaat gegolten hatte, suchte jetzt plötzlich die Verständigung mit dem Westen und erklärte sich bereit, sein Programm zur Erzeugung von Massenvernichtungswaffen offen zu legen. Inspektionen ergaben, dass Libyens Atomwaffenprogramm weit fortgeschritten war und dass das Land von Pakistan Unterstützung erhalten hatte. Auch der Iran gab westlichem Druck nach und öffnete seine Nuklearanlagen für Kontrollen durch die Internationale Atomenergiebehörde. Nordkorea, das Ostasien und die Weltgemeinschaft mit seinen Nuklearplänen und seinen Raketenprogrammen wiederholt herausgefordert hatte, verzichtete zwar nicht auf seine Pläne, kehrte aber wieder an den Verhandlungstisch zurück.

Nahostkonflikt ohne Ende

Die Hoffnung der US-Regierung, die Irak-Intervention werde auch im Nahostkonflikt güns-

tigere Voraussetzungen für eine Friedenslösung schaffen, zerbrach sich an den Gegensätzen zwischen Palästinensern und Israelis. Zwar stimmten sowohl die Regierung in Jerusalem als auch die palästinensische Autonomiebehörde im Prinzip der so genannten «Road Map» zu. Dieser Friedensplan war vom Nahost-Quartett (USA, Russland, UNO und EU) erarbeitet worden. Er sieht den schrittweisen Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten vor, verweigert Palästinensern jedoch ein Rückkehrrecht ins israelische Kerngebiet. Ministerpräsident Ariel Scharon bekannte sich ausdrücklich zur Errichtung eines unabhängigen, territorial zusammenhängenden Palästinenserstaates. Ende Juni 2003 fand sich auch die palästi-

nensische Untergrundorganisation Hamas zu einer Waffenruhe bereit – unter der Voraussetzung, dass Israel den Siedlungsbau stoppe und Militäraktionen gegen Palästinenser einstelle. Die Waffenruhe hielt jedoch nur gut eineinhalb Monate: Am 19. August 2003 verübten Hamas und Islamischer Jihad in Jerusalem ein schweres Attentat, dem 20 Menschen zum Opfer fielen. Daraufhin nahm Israel seine Politik der gezielten Angriffe wieder auf und tötete eine Reihe von Hamas-Aktivisten, darunter den Hamas-Funktionär Ismail Abu Shanab. Im September 2003 wurde auch der geistige Führer der Hamas, Scheich Yassin, Ziel eines israelischen Angriffs; er entkam jedoch leicht verletzt. Einen weiteren gezielten Raketen-



Mit einer 8 Meter hohen und mehrere hundert Kilometer langen Mauer versucht Israel, sein Kernland gegen das Eindringen palästinensischer Selbstmordattentäter zu schützen.



Bilder: Keystone

Palästinenser schwören Israel nach der Tötung eines Hamas-Aktivisten in Gaza-Stadt am 30. Mai 2004 Rache.

angriff am 22. März 2004 in Gaza-Stadt überlebte Yassin nicht. Dessen Nachfolger Rantisi wurde von Israel knapp einen Monat später ebenfalls durch Raketen liquidiert. Trotz internationalen Protesten setzte Israel den Bau eines Grenzzauns fort, mit dem es das Einsickern palästinensischer Extremisten zu verhindern suchte. Der Friedensprozess verlor zusehends an Rückhalt – auf israelischer wie auf palästinensischer Seite. Scharon und seine Regierung trieben den Siedlungsbau voran, während PLO-Chef Yassir Arafat Massnahmen gegen Extremisten hintertrieb. Wie klein der Spielraum für Fortschritte geworden war, offenbarte der Streit um

Scharons Rückzugsplan aus dem Gaza-Streifen: Scharon stiess damit sowohl in der eigenen Likud-Partei als auch bei seinen rechts stehenden Koalitionspartnern auf Widerstand. Es blieb bei der Absichtserklärung.

Freude und Frust in Europa

Europa hingegen konnte feiern. Wenigstens für einen Tag. Am 1. Mai 2004 wurde die Europäische Union offiziell um zehn Staaten grösser. Damit hörte Europa definitiv auf, ein geteilter Kontinent zu sein. Für acht dieser Staaten bedeutete die Aufnahme in die EU auch einen Schlussstrich unter eine leidvolle Vergangenheit: Polen, Tschechien,

die Slowakei, Ungarn, Slowenien sowie die drei baltischen Staaten Litauen, Estland und Lettland waren Teile des russischen, österreichischen oder deutschen Kaiserreichs gewesen. Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs fanden sich die zuvor unterdrückten Völker in fragilen Nationalstaaten wieder; zwischen 1938 und 1941 fielen sie allesamt Hitler-Deutschland und der Sowjetunion zum Opfer. Erst 1989/91 erlangten sie ihre wirkliche Unabhängigkeit. Mit dem Beitritt dieser Länder zur Europäischen Union wurde ein Prozess besiegelt, der vor 20 Jahren noch unvorstellbar gewesen war.

Ebenfalls in die EU aufgenommen wurden zwei Staaten Süd-

europas: Malta und Zypern. Bis zuletzt kämpften Vertreter der Europäischen Union und der UNO für die Wiedervereinigung Zyperns. Seit die türkische Armee 1974 nach einem Putsch griechischer Extremisten zugunsten der türkischstämmigen Bevölkerung interveniert hatte, ist Zypern eine geteilte Insel; alle Bemühungen um eine Wiedervereinigung sind seither an den Ängsten und Vorurteilen der beiden verfeindeten Volksgruppen abgeprallt. An einer Konferenz auf dem Bürgenstock in der Schweiz gelang es auch in letzter Minute nicht, eine für beide Seiten akzeptable Lösung zu finden. Schliesslich wurde den Zypriern in getrennten Volksabstimmungen im Norden und im Süden ein Wiedervereinigungsplan von UNO-Generalsekretär Kofi Annan vorgelegt: Die türkischen Zypriern akzeptierten den Plan mit 65 Prozent, die Insel-Griechen verwarfen ihn mit 76 Prozent. Die Griechen stiessen sich vor allem daran, dass ihnen nur ein beschränktes Niederlassungsrecht im Norden der Insel eingeräumt wurde. Sie hatten nichts zu verlieren, da ihnen der EU-Beitritt so oder so sicher war. Aber eine historische Chance, die kaum so rasch wiederkehren dürfte, war vertan.

Einen Rückschlag musste die EU auch in Schweden hinnehmen. In einem Referendum lehnte die Bevölkerung am 14. September 2003 die Einführung des Euro mit 55,9 Prozent der Stimmen ab. Nur vier Tage zuvor war Aussenministerin Anna



Bild: Keystone

Am 1. Mai 2004 nimmt die Europäische Union offiziell zehn neue Mitgliedsstaaten auf. Dieses historische Ereignis wird auch in Strassburg – im Bild mit Kindern aus osteuropäischen Ländern – gefeiert.

Lindh, eine vehemente Befürworterin des Beitritts zur Währungsunion, in einem Stockholmer Kaufhaus von einem Unbekannten niedergestochen worden. Bereits Dänemark hatte die Einführung des Euro in einer Volksabstimmung (im September 2000) abgelehnt.

Die Erweiterung der Europäischen Union auf 25 Mitglieder – in absehbarer Zeit dürften weitere osteuropäische Staaten sowie möglicherweise die Türkei dazu stossen – macht eine Neuordnung der Entscheidungsstrukturen und der Kompetenzverteilung zwischen EU und Mitgliedsstaaten unabdingbar. Im Sommer 2003 legte der vom Ministerrat eingesetzte Konvent den Entwurf für eine neue Verfassung vor. Seine wesentlichen Elemente lauten stichwortartig wie folgt: Einsetzung eines ständigen, für zweieinhalb Jahre gewählten EU-Präsi-

denten anstelle der rotierenden Präsidentschaft; Einführung des Amtes eines EU-Aussenministers; Begrenzung der Anzahl der Kommissare mit Stimmrecht auf 15 (ab 2009); Ausdehnung des Entscheidungsrechts des Europäischen Parlaments; Einführung des Mehrheitsprinzips in einer Reihe von Bereichen, in denen bisher bei Abstimmungen im Ministerrat Einstimmigkeit erforderlich war.

Am 18. Juni 2004 einigten sich die Staats- und Regierungschefs der 25 EU-Mitgliedsländer auf den definitiven Entwurf. Das Schicksal der neuen Verfassung – und damit der künftigen Ordnung der Europäischen Union – blieb jedoch ungewiss. Der britische Premierminister Tony Blair kam den EU-Skeptikern in seinem Land mit der Ankündigung entgegen, die Verfassung einer Referendumsabstimmung zu unterwerfen.

Protestwahlen

Wo immer in Europa in der Berichtsperiode Wahlen stattfanden, wirkten sich die gedämpfte Wirtschaftslage sowie eine verbreitete Unzufriedenheit nachteilig für die jeweiligen Regierungen aus. Nicht nur in Spanien, sondern auch in Griechenland brachten die Parlamentswahlen einen Regierungswechsel: Die bisher oppositionelle konservative Neue Demokratie unter Konstantinos Karamanlis wurde mit 45,4 Prozent der Stimmen und 165 der insgesamt 300 Parlamentssitze stärkste Partei und löste die sozialistische Pasok (40,6 Prozent, bzw. 117 Mandate) von Konstantinos Simitis an der Regierung ab (7. März 2004). – Aus den Regionalwahlen in Frankreich gingen die Linksparteien mit deutlichem Vorsprung vor dem bürgerlichen Regierungslager als Sieger hervor (28. März 2004) – In Deutschland erlebte die rotgrüne Regierungskoalition bei Landtagswahlen empfindliche Niederlagen: In Bayern gewann die CSU unter der Führung von Edmund Stoiber mit 60,7 Prozent die Zweidrittelmehrheit der Mandate. Die SPD stürzte um mehr als 9 Prozentpunkte auf 19,6 Prozent ab. (21. September 2003). In Hamburg ging die CDU mit 47,2 Prozent der Stimmen und 63 der insgesamt 121 Mandate als absolut stärkste Partei aus den Bürgerschaftswahlen hervor; die SPD musste sich mit 30 Prozent der Stimmen bescheiden (29. Februar 2004). In Thüringen

sackte die SPD gar auf 14 Prozent ab, während die CDU mit 44,3 Prozent ihre absolute Mehrheit zu behaupten vermochte (13. Juni). – Im österreichischen Bundesland Salzburg ging die SPÖ unter grossen Zugewinnen mit 45,4 Prozent der Stimmen klar als stärkste Partei hervor und löste die seit 1945 regierende ÖVP an der Spitze der Landesregierung ab. (7. März 2004). – Auch bei den Wahlen ins Europäische Parlament am 13. Juni 2004 mussten die Regierungsparteien in Grossbritannien, Deutschland, Frankreich, Österreich, Polen, Tschechien, Dänemark, Portugal und Malta zum Teil massive Verluste hinnehmen. Bezeichnenderweise erzielten in mehreren Staaten, namentlich in Grossbritannien, Holland und Österreich, euroskeptische Parteien markante Gewinne.

Auch ausserhalb Europas sorgten Wahlergebnisse für Aufsehen: Bei den Parlamentswahlen in Iran errangen die Konservativen die absolute Mehrheit der Mandate – folgerichtig, denn eine grosse Anzahl reformorientierter Kandidaten war von den Wahlen ausgeschlossen worden (20. Februar 2004). Nach dem Urnengang kündigte der Wächterrat eine Abkehr vom Reformkurs an. – In Russland wurde Wladimir Putin mit über 71 Prozent der abgegebenen Stimmen als Präsident bestätigt (14. März 2004). – Auf Taiwan gewann der Amtsinhaber Chen Shui-bian die Präsidentschaftswahlen nach turbulentem Wahlkampf und einem Attentat

auf ihn mit hauchdünner Mehrheit (20. März 2004). – Auf Sri Lanka vermochte die linksgerichtete Parteienallianz (PA) von Staatspräsidentin Chandrika Kumaratunga die Parlamentswahlen überraschend für sich zu entscheiden; ihr Sieg gegen den liberalen Premierminister Wickremasinghe deutete den Wunsch nach einem härteren Kurs gegenüber der tamilischen Sezession im Norden des Landes an (2. April 2004). – Bei Parlamentswahlen in Südafrika gewann der Afrikanische Nationalkongress (ANC) gut 69 Prozent der Stimmen und verfügt nun mit 279 von 400 Sitzen über eine Zweidrittelmehrheit im Parlament. Südafrika konnte Ende April 2004 das Zehn-Jahr-Jubiläum der Überwindung der Apartheid feiern. Unter der Führung Nelson Mandelas und seines Nachfolgers Thabo Mbeki hat die Kaprepublik einen viel beachteten Weg der Versöhnung zwischen den Rassen eingeschlagen. – In Indien ging Mitte Mai 2004 zur Überraschung sämtlicher Beobachter die Kongresspartei als Siegerin aus den Parlamentswahlen hervor; die bisherige Regierungspartei BJP wurde geschlagen. Sonja Gandhi, die aus Italien gebürtige Führerin der Kongresspartei, lehnte es jedoch ab, Regierungschefin zu werden. An ihrer Stelle wurde Manmohan Singh, ein Sikh mit akademischem Hintergrund, erkoren; ihm gelang es innerhalb weniger Tage, eine neue, tragfähige Regierungskoalition zu bilden.

Innenpolitischer Rückblick

Die eidgenössische Politik hat in der Berichtsperiode eine markante Gewichtsverschiebung erfahren. In den Nationalratswahlen vom 19. November 2003 konnte die SVP abermals zulegen, was ihr auf Kosten der CVP zu einem zweiten Sitz im Bundesrat verhalf. Die verstärkte Polarisierung wirkte sich indessen nachteilig auf die Problemlösungsfähigkeit von Bundesrat und Parlament aus.

Bereits 1999 hatte die SVP triumphiert: Ihr Wähleranteil war damals von 14,9 Prozent (1995) auf 22,6 Prozent empor geschwollen, womit sie sich knapp vor der SP als wählerstärkste Partei der Schweiz etabliert hatte. Diese Position konnte die Partei Christoph Blochers in den Wahlen vom 19. Oktober 2003 noch ausbauen: Mit 26,6 Prozent distanzierte sie die SP (neu mit 23,3 Prozent) deutlich. Die FDP fiel von 19,9 auf 17,3 Prozent zurück, die CVP von 15,8 auf 14,4 Prozent.

Ultimatum der SVP

Die Gründe für den SVP-Vormarsch lagen auf der Hand: Mit ihren plakativen Positionen, ihrer unverblühten Sprache und ihrem Mut, brennende Themen wie Finanzen, Asylwesen, Ausländerintegration und Kriminalität aufzugreifen, wirkt sie für breite Schichten attraktiv. Zwar scheiterte die SVP mit ihrer Asylinitiative sowie mit ihrem Wider-



Historische Wahl: Am 10. Dezember 2003 werden der Zürcher Christoph Blocher (SVP) und der Ausserrhoder Hans-Rudolf Merz (FDP) in den Bundesrat gewählt. Die CVP verliert einen ihrer beiden bisherigen Sitze in der Landesregierung an die SVP.

stand gegen die bilateralen Verträge, gegen die Bewaffnung von Schweizer Truppen im Ausland und gegen den UNO-Beitritt. Sie vermochte damit aber neue Wähler zu mobilisieren. Die FDP zahlte den Preis für Wirtschaftsskandale, mit denen sie identifiziert wurde. Die CVP büsste für ihr diffuses Image der «Mitte».

Die Rechnung wurde am Wahlabend präsentiert: Ultimativ verlangte die SVP einen zweiten Bundesratsitz auf Kosten der CVP. Für den Fall, dass Christoph Blocher als ihr Kandidat nicht gewählt würde, drohte sie mit dem Gang in die Opposition. Bei den andern Parteien stiess das Ansinnen der SVP zunächst auf vehemente Ablehnung: Die

CVP liess umgehend verlauten, sie denke nicht an einen Rückzug eines ihrer beiden Bundesräte. Die SP verschanzte sich hinter der Strategie, Blocher sei für sie «absolut unwählbar». Demgegenüber akzeptierte die FDP-Geschäftsleitung die SVP-Forderung. Der Ausgang der Wahlen blieb damit bis zum letzten Augenblick unberechenbar.

Neue Formel – ohne Zauber

Rascher als erwartet kam am 10. Dezember die Entscheidung: Nachdem Moritz Leuenberger (SP) und Pascal Couchepin mit guten Resultaten bestätigt worden waren, traten zur dritten Wahl Ruth Metzler und Chris-

toph Blocher gegeneinander an. Um 10.35 Uhr entschied Blocher das Duell im dritten Wahlgang mit 121 gegen 116 Stimmen für sich. Dann ging alles schnell: In der vierten Wahl wurde Joseph Deiss bestätigt, worauf sich Ruth Metzler – auch von der eigenen Partei im Stich gelassen – mit einer bewegenden persönlichen Erklärung aus der Wahl zurückzog. Zum ersten Mal seit 131 Jahren war ein amtierendes Mitglied der Landesregierung abgewählt worden. Damit stand auch fest, dass die seit 1944 geltende Zauberformel (2 SP, 2 FDP, 2 CVP, 1 SVP) den veränderten Kräfteverhältnissen angepasst worden war. Neu ergab sich die Verteilung 2 SVP, 2 SP, 2 FDP, 1 CVP.

Zur Überraschung aller Beobachter wurde für den zurücktretenden FDP-Bundesrat Kaspar Villiger nicht die favorisierte Bernerin Christine Beerli gewählt, sondern der Ausserrhoder Hans-Rudolf Merz. Das Parlament setzte damit neben Blocher einen zusätzlichen wirtschaftsliberalen Akzent. Gleichzeitig gewichtete es regionalpolitische Erwägungen, den Anspruch der Ostschweiz, höher als Gleichstellungs-Interessen. Während die Linke und Frauenorganisationen von einem «schwarzen Tag» sprachen, werteten unabhängige Beobachter das Ergebnis als unvermeidliche Anpassung an die politischen Realitäten und als Bestätigung des Systems der Konkordanz. CVP-Präsident Philipp Stähelin seinerseits zog die Konsequenzen: Am Tag nach



Bilder: Keystone

Bitterer Augenblick: Ruth Metzler begibt sich ans Rednerpult, um nach den Niederlagen in den Wahlgängen gegen Christoph Blocher und Joseph Deiss ihren definitiven Verzicht auf eine weitere Kandidatur bekannt zu geben.

der Abwahl Ruth Metzlers kündigte er seinen Rücktritt als CVP-Präsident an.

Ruth Metzler gab nach ihrer Nicht-Bestätigung anfangs keine weiteren Kommentare ab, veröffentlichte ihre Version der Ereignisse indessen ein halbes Jahr später in ihrem Buch «Grissini & Alpenbitter» (Appenzeller Verlag Herisau): Zwischen ihr und der Parteiführung um Philipp Stähelin und Fraktionschef Jean-Michel Cina habe ein schleichender Prozess der Entfremdung stattgefunden, stellte sie fest, der dazu geführt habe, dass ihr schliesslich Deiss vorgezogen wurde.

Raueres Klima

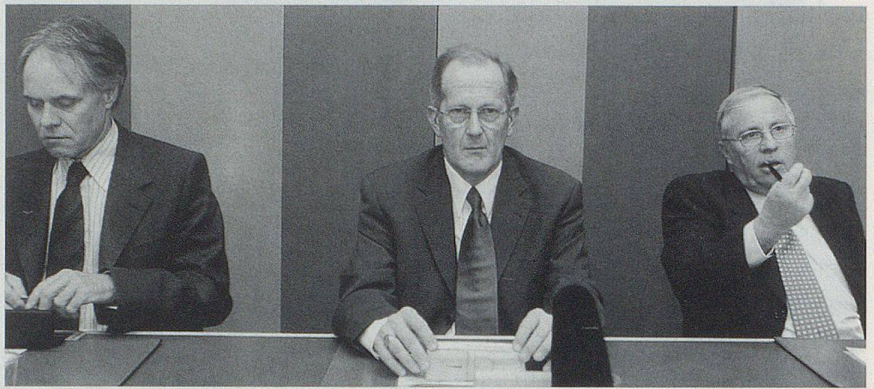
Sowohl Blocher als auch Merz äusserten den Wunsch, das Finanzdepartement führen zu dürfen. Der Bundesrat entschied jedoch, dieses Schlüsseldepartement in freisinnigen Händen zu belassen. Blocher musste mit dem Justiz- und Polizeidepartement vorlieb nehmen. Damit wurde er für Bereiche zuständig, an denen sich die Oppositionspolitik der SVP bisher mit Vorliebe kristallisiert hatte: für die bilateralen Verhandlungen (Schengen, Dublin), für das Asylwesen und für die innere Sicherheit. Obschon Blocher bei seinen ersten Auftritten deutlich machte, dass er gegen illegale Einwanderung und Asylmissbrauch entschiedener vorzugehen beabsichtigte als seine Vorgängerin, bewegte sich der neue Justizminister in den Debatten über die Revision des Ausländer- und des Asylgesetzes auf der Linie der Landesregierung – teilweise in markantem Gegensatz zu seiner eigenen Partei. Zum entscheidenden Test für Blochers Loyalität dürften indessen die bilateralen Abkommen mit der EU werden. Obschon der SVP-Bundesrat den Beitritt der Schweiz zu den Vertragswerken von Schengen und Dublin stets entschieden kritisiert hatte, lehnte es der Gesamtbundesrat ab, ihm dieses Dossier im Hinblick auf die zu erwartende Volksabstimmung zu entziehen.

Mit Blochers Einzug in die Landesregierung wurde das Dis-

kussionsklima indessen deutlich rauer. Der SVP-Mann scheute sich nicht, seine Positionen auch im Gesamtbundesrat in aller Schärfe vorzutragen. Einen Eklat löste Mitte Mai 2004 die Indiskretion aus, Blocher habe Verkehrsminister Moritz Leuenberger nach der Veröffentlichung des offiziellen Berichts zur Flugzeugkatastrophe von Überlingen zum Rücktritt aufgefordert. Dass solche Meldungen aus dem innersten Führungskreis der Eidgenossenschaft immer wieder den Weg in die Medien fanden, löste in der Öffentlichkeit und im Parlament mindestens so heftige Reaktionen aus wie der angebliche Zwist zwischen den beiden Zürcher Bundesräten.

Abstimmungsdebakel

Die verschärfte Polarisierung zwischen Links und Rechts, die sich schon vor den Wahlen 2003 abgezeichnet hatte, prägte auch das Geschehen im Parlament. Dem Nationalrat gelang es nicht, sich auf eine gemeinsame Legislaturplanung zu einigen. Das neue Mitspracherecht erlitt damit gleich bei seiner Premiere Schiffbruch – kein Landesunglück zwar, da ohnehin der Bundesrat gemäss der Verfassung für die Planung der Regierungspolitik zuständig ist, aber ein Indiz für eine rückläufige Bereitschaft zum Kompromiss, welche bisher zu den Markenzeichen der helvetischen Politik gehört hatte. Schiffbruch erlitten auch die KVG-Revision und die Staatslei-



Der Bundesrat auf der Verliererbank: Am 8. Februar 2004 werden der Gegenvorschlag zur Avanti-Initiative und das neue Mietrecht verworfen, die Verwahrungs-Initiative findet hingegen Zustimmung.

tungsreform. Auch in der Drogenpolitik resultierte ein Scherbenhaufen: Die Revision des Betäubungsmittelgesetzes, welche unter anderem eine Entkriminalisierung des (polizeilich längst nicht mehr kontrollierbaren) Konsums von Cannabis-Produkten gebracht hätte, scheiterte an einer spürbar konservativeren Grundstimmung: Während der Ständerat der Liberalisierung noch zugestimmt hatte, weigerte sich die Grosse Kammer, auf die Vorlage überhaupt einzutreten.

Nicht unerwartet wurden die beiden ersten Urnengänge nach dem Wahlherbst zu einem Debakel für die Gestalter der helvetischen Politik. Bei allen sechs Vorlagen entschieden die Stimmberechtigten anders, als ihnen Bundesrat und (bürgerliche) Parlamentsmehrheit empfahlen. Am 8. Februar 2004 verwarfen die Stimmenden den Gegengewurf zur Volksinitiative «Avanti – für sichere und leistungsfähige Autobahnen» mit einem Nein-

Stimmen-Anteil von 62,8 Prozent. Die Vorlage scheiterte insbesondere daran, dass sie neben der Fertigstellung des Nationalstrassennetzes und der Förderung des Agglomerationsverkehrs auch den Bau einer zweiten Gotthard-Strassentunnelröhre vorsah. Hingegen akzeptierten Volk und Stände die Volksinitiative «Lebenslange Verwahrung für nicht therapierbare, extrem gefährliche Sexual- und Gewaltstraftäter» mit 56,2 Prozent Ja; einzig die SVP hatte das Begehren, das von betroffenen Familien lanciert worden war, unterstützt. – Die Änderung des Mietrechts – sie sah die Abkoppelung der Mieten vom Hypothekarzins vor – wurde mit 64,1 Prozent Nein bachab geschickt. – Dreimal Nein sagten die Stimmenden am 16. Mai: Mit 65,9 Prozent verwarfen sie das Steuerpaket des Bundes, gegen das elf Kantone das Referendum ergriffen hatten, mit 67,9 Prozent die 11. AHV-Revision, die vor allem den Frauen Opfer abverlangt hätte,

und mit 68,6 Prozent die vorgeschlagene Anhebung der Mehrwertsteuersätze für AHV und IV. Jede dieser Vorlagen scheiterte letztlich an inneren Widersprüchen und teilweise daran, dass das Parlament bewusst darauf verzichtet hatte, politisch breit abgestützte Kompromisse einzugehen. Auf besonders heftigen Widerstand stiessen Paketlösungen wie der Avanti-Gegenvorschlag und das Steuerpaket. So unterschiedlich diese Abstimmungsergebnisse im Einzelnen zu interpretieren waren: Insgesamt deuteten sie auf ein erhebliches Misstrauen gegenüber dem Bundesrat und dem Parlament hin.

Bilateraler Durchbruch

Im Verhältnis zur Europäischen Union konnte die Schweiz indessen einen wichtigen Etappen-erfolg verbuchen. Nach zähem Ringen gelang es, die zweite Runde der bilateralen Verhandlungen abzuschliessen. Voraussetzung für den Durchbruch war das Abkommen über die Zinsbesteuerung, zu dem die Schweiz Hand bot. Die EU hatte von Anfang an klar gemacht, dass sie nicht länger zusehen wollte, wie Gelder von EU-Bürgern auf Schweizer Banken abflossen und damit dem Zugriff des Fiskus entzogen wurden; sie drängte auf einen umfassenden Informationsaustausch, was die Schweiz jedoch ablehnte, um das Bankkundengeheimnis zu schützen. Schliesslich akzeptierte die EU einen Vorschlag des Schweizer

Finanzministers Kaspar Villiger, der sich am System der helvetischen Verrechnungssteuer orientiert. Während die EU interessiert daran war, dieses eine Dossier der Zinsbesteuerung so rasch wie möglich abzuschliessen, beharrte die Schweiz auf einer Paketlösung, die insbesondere auch den Beitritt der Schweiz zum Schengener Abkommen über die Zusammenarbeit im Polizei- und Justizbereich sowie zum Erstasylabkommen von Dublin ermöglicht. Die Beharrlichkeit des Bundesrates trug schliesslich Früchte: Am 19. Mai wurden die bilateralen Verträge II im Rahmen eines Treffens zwischen der EU-Spitze und einer Bundesratsdelegation besiegelt. Hilfreich für den Abschluss war nicht zuletzt die Bereitschaft der

Schweiz, die neuen EU-Staaten während fünf Jahren mit je 200 Millionen Franken zu unterstützen. Vor der Inkraftsetzung müssen die sieben Abkommen allerdings noch von der EU wie auch von der Schweiz ratifiziert werden. Der Bundesrat beschloss, die neuen bilateralen Abkommen dem Parlament einzeln zur Genehmigung vorzulegen. Allfällige Referenden würden dadurch nicht das gesamte Paket, sondern höchstens einzelne Teile gefährden. Nach den bisherigen Verlautbarungen der SVP und der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns) ist davon auszugehen, dass insbesondere gegen den Beitritt zum Sicherheitssystem von Schengen das Referendum ergriffen werden dürfte.



Durchbruch in Brüssel: Bundespräsident Joseph Deiss und EU-Kommissionspräsident Romano Prodi besiegeln bei einem Treffen in Brüssel das zweite Paket der bilateralen Abkommen.

Bilder: Keystone